

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

2019

KURZ-INFORMATIONEN ZU DEN EXTREMISTISCHEN PHÄNOMENENBEREICHEN

AUGEN **AUF** HAMBURG

Kurz-Infos zu den extremistischen Phänomenbereichen

(Weitere Informationen finden Sie im aktuellen Verfassungsschutzbericht, sowie auf der Homepage des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg.)

ISLAMISMUS



Salafismus/Jihadismus

Seit 2018 geht das salafistische Personenpotenzial in Hamburg zurück. Diese Tendenz resultiert vor allem aus fehlenden Führungspersonen, Themen und Aktionsmöglichkeiten (Stopp der Ausreisen Richtung Syrien und Irak, Verbot der Info-Stände). Darüber hinaus zeigen auch die konsequente Strafverfolgung sowie die Information der Öffentlichkeit durch den Verfassungsschutz Wirkung. Dennoch hat Hamburg nach wie vor mit 740 Salafisten (davon 384 Jihadisten) eine vergleichsweise starke Szene (Stand: Frühjahr 2020).

Ausreisen Richtung Syrien und Irak sind im Jahr 2019 fast vollständig zum Erliegen gekommen. In Hamburg lag die Zahl der in Richtung Syrien und Irak ausgereisten Personen Anfang 2020 bei 86, darunter 17 Frauen. Gut ein Drittel der Ausgereisten ist nach vorliegenden Erkenntnissen ums Leben gekommen. Zurückgekehrt sind 33 Personen.

Hizb-ut Tahrir und Furkan-Gemeinschaft

In Hamburg wurden der Hizb ut-Tahrir (HuT) rund 250 (2018: 220) deutsche oder afghanisch- und türkischstämmige Anhänger zugerechnet, die sich in Privaträumen und zu geschlossenen Veranstaltungen, in Restaurants oder anderen Lokalitäten treffen. Furkan-Anhänger in Deutschland sind 2019 insbesondere in Berlin, Dortmund, München und auch Hamburg aufgefallen. Das Personenpotenzial der Furkan-Gemeinschaft betrug Ende 2019 in Hamburg 170 Personen (2018: 150). Gründe des Anstiegs sind der weitere Zulauf in die Szene sowie die konsequente Aufhellung des Dunkelfeldes durch den Verfassungsschutz.

Iranische Islamisten

In Hamburg befindet sich eine wichtige proiranische Einrichtung, die an der Außenalster gelegene schiitische „Imam Ali-Moschee“, deren Trägerverein das „Islamische Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH) ist. Das IZH ist eines der wichtigsten Zentren seiner Art in Europa, das von schiitischen Muslimen verschiedener Nationen als zentrale religiöse Anlaufstelle genutzt wird. Das IZH strebt den „Export der islamischen Revolution“ an, unter anderem mittels einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit. Die Inhalte sind dabei moderat formuliert und bieten nur selten Angriffsflächen. Nach außen stellt sich das IZH als rein religiöse Einrichtung dar, die keine politischen Aktivitäten gestattet. Üblicherweise wird eine öffentliche Verbindung oder Identifizierung mit der iranischen Staatsführung vermieden. Dennoch ist das Staats- und Gesellschaftsverständnis des IZH vom Primat der Religion gegenüber Demokratie und Rechtsstaat geprägt. Proiranische Einrichtungen in Deutschland sind grundsätzlich als Instrumente der iranischen Staatsführung zu bewerten, die deren theokratische Staatsdoktrin vertreten. Sie repräsentieren eine Werteordnung, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist.

Das LfV Hamburg berichtet über das IZH seit der Veröffentlichung des ersten gedruckten Verfassungsschutzberichtes vor rund drei Jahrzehnten. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wäre diese Berichterstattung in den vergangenen Jahren auch ohne eine Beteiligung des IZH (Funktionäre oder Besucher) am Quds-Tag in Berlin erfolgt.

Straftaten

2019 hat sich die Zahl der Straftaten im Bereich religiöse Ideologie mit 25 im Vergleich zu 2018 mit 58 mehr als halbiert („Politisch motivierte Kriminalität - Religiöse Ideologie gesamt“). Das ist begründet in der konsequenten Verfolgung der Straftaten durch die Strafverfolgungsbehörden und der daraus resultierenden möglichen Befürchtung der Täter, belangt zu werden.

AUGEN AUF HAMBURG

RECHTSEXTREMISMUS



Personenpotenzial

Das bundesweite Personenpotenzial stieg 2019 auf 32.080 an (2018: 24.100). Grund dieses Anstiegs ist die Einbeziehung von im BfV und mehreren Landesämtern im Jahr 2019 als Verdachtsfälle bearbeiteten Teilstrukturen der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), die selbst derzeit kein Beobachtungsobjekt ist. Es handelt sich dabei um die „Junge Alternative“ und „Der Flügel“. Ein Anstieg auf 13.000 ist bei den gewaltorientierten Rechtsextremisten zu verzeichnen (2018: 12.700).

2019 wurden in Hamburg 330 Personen der rechtsextremistischen Szene zugerechnet (2018: 340). Am Rückgang der Zahl der in Hamburg in parteiunabhängigen und parteiungebundenen Strukturen organisierten Personen auf 100 (2018: 120) zeigt sich der Bedeutungsverlust fester Organisationsstrukturen. Dagegen ist beim weitgehend unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzial, zu dem vor allem subkulturell geprägte Rechtsextremisten und rechtsextremistische Gewalttäter ohne Szeneanbindung gerechnet werden, ein leichter Anstieg auf 120 (2018: 110) zu verzeichnen. Von den 330 Hamburger Rechtsextremisten stuft das LfV Hamburg mit rund 130 so viele Personen wie im Jahr 2018 als gewaltorientierte Rechtsextremisten ein.

Straftaten

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten stieg 2019 mit 304 Fällen (2018: 284) leicht an. Mit 200 Fällen (2018: 188) handelt es sich wie in den Vorjahren bei der überwiegenden Zahl der rechtsextremistischen Straftaten um Propagandadelikte (insbesondere Hakenkreuz-Schmierereien und sonstige gemäß § 86 a StGB verbotene Verwendung von Symbolik verfassungswidriger Organisationen). Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten ist 2019 nach einem zuletzt deutlichen Rückgang (2018: 11) wieder auf einen im Zehnjahresvergleich durchschnittlichen Wert von 25 gestiegen. Diese Zahl setzt sich aus 15 Körperverletzungen und sieben gefährlichen Körperverletzungen sowie zwei Fällen von Widerstand und Angriff gegen Vollstreckungsbeamte und einem Raub zusammen. Zu drei der insgesamt 19 ermittelten Tatverdächtigen lagen dem LfV Hamburg bereits Erkenntnisse vor. Wie in den Vorjahren ist der weit überwiegende Teil der rechtsextremistischen Straftäter dem weitgehend unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzial zuzurechnen.

Im Jahr 2019 wurden in den extremistischen Phänomenbereichen 51 antisemitische Straftaten erfasst (2018: 77), davon 33 (2018: 43) extremistische. Hiervon wurden 30 Taten dem Bereich PMK rechts zugeordnet, davon zwei Gewaltdelikte. Bei vielen dieser Taten liegen der Zuordnung keine Erkenntnisse über den Täter oder dessen tatsächliche Motivation zugrunde. Die Zurechnung zur PMK rechts erfolgt in diesen Fällen nach der Maßgabe, dass antisemitische Straftaten immer dann als rechtmotiviert gewertet werden, wenn keine tatsächlichen Anhaltspunkte für eine andere Tatmotivation vorliegen.

LINKSEXTREMISMUS



Personenpotenzial

Das linksextremistische Personenpotenzial in Hamburg blieb im Jahr 2019 mit rund 1.290 Personen (2018: 1.335) in etwa konstant. Der autonomen sowie der antiimperialistischen Szene gehörten 865 Personen an. Darüber hinaus blieb die Zahl von gewaltorientierten dogmatischen Linksextremisten mit 25 Personen genau auf dem Niveau des Vorjahres (2018: 25). Das LfV Hamburg stuft 2019 somit 940 Personen (2018: 935) als gewaltorientierte Linksextremisten ein, das sind mehr als 70 Prozent aller Linksextremisten in Hamburg.

AUGEN AUF HAMBURG

Straftaten

Die Zahl der in Hamburg insgesamt erfassten Straftaten im Rahmen der PMK Links lag mit 493 Taten im Vergleich zum Vorjahr auf einem höheren Niveau (2018: 396). Darin enthaltenen sind 66 linksextremistische Straftaten (2018: 96), davon 15 linksextremistische Gewaltdelikte (2018: 39).

Ursachen für diese Zunahme waren vor allem zahlreiche Straftaten im Kontext von aktuellen G20-Prozessen sowie der Verhaftung der sogenannten „Drei von der Parkbank“. Resonanzstraftaten für die drei Tatverdächtigen, denen die Planung schwerer Straftaten vorgeworfen wird, gab es auch im weiteren Bundesgebiet sowie europäischen Ländern.

Die in den vergangenen Jahren gestiegene Aggressivität der linksextremistischen Szene setzt sich auch im Jahr 2019 fort. Die Schwelle zur gezielten Gewaltanwendung gegenüber Personen ist deutlich gesunken. Mit den Umständen zahlreicher Taten bundesweit, vor allem mit der Art und Weise der Tatbegehung, der Gefährdung von Leib und Leben auch Unbeteiligter sowie dem Duktus bestimmter Selbstbezeichnungen wurde eine neue Eskalationsstufe erreicht. Aufgrund der gestiegenen Aggressivität und Brutalität der linksextremistischen Szene in Deutschland, auch in Hamburg, werden die Verfassungsschutzbehörden diese Entwicklung mit Blick auf die Annäherung an die Schwelle zum Terrorismus genau im Fokus behalten und gemeinsam mit Polizei und Staatsanwaltschaft bewerten.

EXTREMISMUS MIT AUSLANDSBEZUG



Personenpotenzial

Die in Hamburg zahlenmäßig und politisch bedeutsamsten Vereinigungen sind die kurdische Arbeiterpartei PKK („Partiya Karkerên Kurdistan“) sowie die linksextremistische türkische „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKP-C). Beide Organisationen werden seit 2002 von der Europäischen Union auf der Liste der terroristischen Organisationen geführt. Der Verfassungsschutz beobachtet zudem die Aktivitäten türkisch-nationalistischer Rechtsextremisten wie der „Ülkücü“-Bewegung. In Hamburg ist die Anzahl der Anhänger ausländischer extremistischer Vereinigungen auf 790 Personen (2018: 845) zurückgegangen:

- PKK: 550 Personen (2018: 600)
- Türkische Linksextremisten: 130 Personen (2018: 135)
- Anhänger türkisch-nationalistischer Strömungen: 110 Personen (2018: 110)

Der Rückgang bei der PKK ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen wird eine stärkere Repression bei Reisen in die Türkei oder dort lebende Angehörige durch den türkischen Staat befürchtet. Zum anderen ist aber auch bei der jüngeren Generation eine nachlassende Bindungswirkung zu beobachten. Dies äußert sich in zurückgehenden Teilnehmerzahlen an PKK-Veranstaltungen und in einem geringeren Engagement in den sozialen Medien.

Straftaten

2019 wurden 122 politisch motivierte Straftaten im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug in Hamburg erfasst (2018: 141). Darin enthalten sind sechs extremistische Straftaten (2018: 23). Der wesentliche Grund für die Entwicklung ist der Rückgang der Propagandadelikte. So wurden im Jahr 2019 während Demonstrationen weniger Propagandadelikte wie das Zeigen von verbotenen Symbolen (PKK-Fahnen, Öcalan-Bilder etc.) festgestellt als im Jahr 2018.

AUGEN AUF HAMBURG

REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER



Personenpotenzial

In Hamburg werden 165 Personen (Stand: 31. Dezember 2019) der Reichsbürgerszene zugerechnet. Rund zehn Prozent wiesen davon Überschneidungen zum Rechtsextremismus auf. Im Vergleich zu den Vorjahren (2018: 145 Personen) ist ein weiterer Anstieg des Hamburger Personenpotenzials festzustellen. Der Anstieg ist mit der fortschreitenden Aufklärung der Szene und der damit verbundenen konsequenten Aufhellung des Dunkelfeldes durch den Verfassungsschutz zu erklären. Seit Beginn der bundesweiten Szenebeobachtung im Jahr 2016 hat es in Hamburg sechs Entziehungen waffenrechtlicher Erlaubnisse bei Reichsbürgern gegeben. Bundesweit wurden seit 2016 mehrere hundert waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen.

SCIENTOLOGY-ORGANISATION



Personenpotenzial

Aufgrund der seit Jahren andauernden erfolgreichen Aufklärungsarbeit staatlicher Stellen, insbesondere der Verfassungsschutzbehörden, hat die SO Schwierigkeiten, ihr Ansehen einer wertekonformen Organisation aufrecht zu erhalten und ihren schlechten Ruf abzulegen. Dies macht sich auch in den Mitgliederzahlen bemerkbar: Für die SO ist es schwierig, neue Interessenten zu rekrutieren oder zu halten. Es gelingt ihr nicht, die Zahl der Aussteiger durch neue und junge Mitglieder auszugleichen. Der Hamburger SO wurden Ende 2019, wie im Vorjahr, circa 300 Anhänger zugerechnet.

SPIONAGEABWEHR UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ



Die Spionageabwehr der Verfassungsschutzbehörden hat den gesetzlichen Auftrag, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Mächte zu sammeln. Dabei geht es neben der Aufklärung aktueller Spionagefälle auch darum, die Methoden, Zielrichtungen und Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland aktiver ausländischer Nachrichtendienste zu erkennen.

Der gesetzliche Auftrag der Verfassungsschutzämter beschränkt sich hierbei nicht auf bestimmte Länder, beispielsweise die durch den Verfassungsschutz schwerpunktmäßig bearbeiteten Nachrichtendienste der Russischen Föderation, der Volksrepublik China, des Iran und der Türkei. Auch Nachrichtendienste weiterer Staaten haben den Auftrag, Informationen aus Wirtschaft und Politik zu beschaffen.

Im Fokus ausländischer Nachrichtendienste stehen nach wie vor Informationen aus Politik, Wirtschaft, Forschung/Wissenschaft und Militär. Das Spionagegeschäft gegen Deutschland wird sowohl mit menschlichen Quellen als auch mit technischen Mitteln durchgeführt. Die Spionageaufklärung ist zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben entscheidend auf Hinweise aus der Öffentlichkeit angewiesen. Es sollte hierbei nicht unterschätzt werden, wie häufig Informationen von betroffenen Einzelpersonen, Unternehmen oder sonstigen Stellen zur Aufklärung eines Spionage- oder Proliferationsverdachts beitragen. Das Interesse fremder Nachrichtendienste an der Bundesrepublik Deutschland resultiert aus ihrer Wirtschaftskraft sowie starken europäischen- und weltweiten politischen Stellung.

AUGEN AUF HAMBURG

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg hat die Aufgabe, Hamburger Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Kritische Infrastrukturen (KRITIS) für die Gefahren durch Wirtschaftsspionage, Sabotage und extremistische Bestrebungen zu sensibilisieren und bei der Abwehr dieser Gefahren zu unterstützen. Hinzu kommt der Schutz von Forschungseinrichtungen und Hochschulen im Bereich der Wissenschaftsspionage. Ziel ist es, die Sensibilität von Führungskräften sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erhöhen und ein angemessenes Sicherheitsbewusstsein zu erreichen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bieten dafür aktuelle Lageeinschätzungen, beraten die Bedarfsträger bei eingetretenen oder befürchteten Sicherheitsgefährdungen und geben konkrete Verhaltensempfehlungen. Sie sind zentraler Ansprechpartner für die Hamburger Wirtschaft, für Nichtregierungsorganisationen sowie Politik und Verwaltung. Eine hohe Gefährdung für die Unternehmen geht von der nachrichtendienstlichen Aufklärung mit informationstechnischen Mitteln (Cyberangriffe) aus.

Der Wirtschaftsschutz als zentraler Bestandteil des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg und Dienstleister 2019 hat der Wirtschaftsschutz rund 130 Außenkontakte wahrgenommen. Hierzu zählen vor allem Beratungen von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und Gremien. Davon waren gut 80 anlassbezogene Beratungen oder Tätigkeiten infolge von Sicherheitsvorfällen mit mutmaßlich verfassungsschutzrelevanten Bezügen. Dies stellt gegenüber den Vorjahren eine erhebliche Steigerung – um mehr als das Doppelte – dar, was die steigende Bedrohung in diesem Bereich verdeutlicht.

Weitere Informationen zur Arbeit des Verfassungsschutzes finden Sie im aktuellen Verfassungsschutzbericht sowie unter www.hamburg.de/verfassungsschutz.

AUGEN AUF HAMBURG